

# Wer soll das bezahlen?

 [lauterbacher-anzeiger.de/lokales/vogelsbergkreis/landkreis/wer-soll-das-bezahlen\\_17768904.htm](http://lauterbacher-anzeiger.de/lokales/vogelsbergkreis/landkreis/wer-soll-das-bezahlen_17768904.htm)

Landkreis Vogelsberg 23.03.2017



Das Häuschen im Grünen mit Vorgarten – das ist längst ein Luxus geworden. Wenn jetzt möglicherweise die Grundsteuer angehoben wird, eventuell sogar auf über 1000 Prozent, dann tut das den Hausbesitzern richtig weh. Fotomontage: Glassl

*Von Sabine Galle-Schäfer*

**SCHULDEN Kreis und Gemeinden müssten 103 Millionen abstottern / Steigt Grundsteuer massiv an?**

VOGELSBERGKREIS - Der Traum vom Häuschen im Grünen, der kann noch richtig teuer werden. Dann nämlich, wenn die Landesregierung ihre Pläne umsetzt und Kreise und Kommunen per Verordnung anweist, all ihre Kassenkredite zurückzuzahlen – und das in einer Frist von zehn Jahren. Da

sprechen wir im Vogelsbergkreis immerhin über eine Gesamtsumme von knapp 103 Millionen Euro. Aber wo sollen die hergenommen werden? Genau das ist der Punkt: Dem Vogelsberg bliebe nicht viel mehr übrig, als die Kreisumlage zu erhöhen, damit müssten dann letztendlich alle Gemeinden die Vogelsberger Schulden zurückzahlen. Die aber haben selbst Altlasten abzubauen und auch ihnen bleibt im Grunde nur eine Möglichkeit, an Geld zu kommen: Die Erhöhung der Grundsteuer B – und damit zahlt das Ganze letztlich jeder Grundstücksbesitzer.

Eine Reihe von Kommunen hat erst vor Kurzem die Sätze für die Grundsteuer B angehoben – auf das in Hessen vorgeschlagene Niveau von 365 Prozent. Nivellierungshebesatz heißt das offiziell. Es gibt indes auch Vogelsberger Kommunen, die schon jetzt weit über diesem Richtwert liegen. Wenn nun die Altschulden abgebaut werden müssen, dann wird selbst in Landgemeinden über Sätze von mehr als 800 Prozent gesprochen, sogar „vierstellig ist dann nicht mehr auszuschließen“, prognostizieren die Bürgermeister.

Und die wissen: Das ist irgendwann alles nicht mehr zu bezahlen, deshalb regt sich Protest in den Gemeinden – das zeichnete sich schon in der vergangenen Woche bei einer Bürgermeisterdienstversammlung im Lauterbacher Landratsamt ab, als Landrat Manfred Görig über die Pläne der Landesregierung zum Abbau von Altschulden informierte. „Aussage war, dass es noch vor den Sommerferien durchgezogen werden soll“, macht der Landrat im exklusiven Gespräch mit unserer Zeitung auch auf die zeitliche Brisanz aufmerksam.

In Wiesbaden hingegen wird noch abgewunken. „Die Diskussion um den Abbau der Altschulden ist derzeit nicht abgeschlossen und wird im Laufe des Frühjahrs fortgeführt“, heißt es in einer Stellungnahme des Innenministeriums. Gespräche darüber gebe es seit 2013 mit den kommunalen Spitzenverbänden. Der Abbau von Altschulden werde in einer Arbeitsgruppe thematisiert, denn „bei Änderungen des derzeit niedrigen Zinsniveaus stellen diese Altschulden für viele Kommunen ein erhebliches Haushaltsrisiko dar“, erklärt Sebastian Poser aus der Presseabteilung des Ministeriums auf Anfrage. „Das Innenministerium und die kommunalen Spitzenverbände sehen hier gemeinsam einen Handlungsbedarf.“

Den sieht auch Manfred Görig, wie er im Gespräch betont. Doch er sieht auch den Druck, der auf dem Kreis und den Gemeinden lastet, weil die Kassenkredite innerhalb von nur zehn Jahren komplett abgestottert werden sollen – bis auf eine Restsumme. 100 Euro Schulden pro Einwohner dürfen bleiben.

Das bedeutet für den Vogelsberg: Von den rund 96 Millionen, mit denen er – salopp formuliert seinen Dispo ausgereizt hat – muss er 86 Millionen abbauen. Das macht 8,6 Millionen pro Jahr, „was uns so nicht gelingt“, weiß der Landrat. Deshalb wurde in der Bürgermeisterdienstversammlung bereits eine Erhöhung der Kreisumlage angesprochen – auf mögliche 6,6 Prozent. Alsfeld zum Beispiel müsste dann knapp 1,5 Millionen im Jahr an den Kreis zahlen, Lauterbach knapp 1,3 Millionen.

Wie es nun weitergeht? Nun, das werden die nächsten Tage und Wochen zeigen. Zum einem berät der SPD-Unterbezirksparteitag am Samstag in Zell das Thema und will einen Antrag verabschieden, nach dem die Frist zum Schuldenabbau verlängert wird, zum anderen wird auch in der nächsten Kreistagssitzung Ende März ein entsprechender Antrag der Großen Koalition behandelt.

[Mehr erfahren](#)